

fahren zu unterziehen, eine veränderbare, aber nicht beliebig auswechselbare staatliche Ordnung, die Freiheit nicht nur ermöglicht, sondern auch eingrenzt, eingrenzen muß, wenn sie für alle gerecht werden soll, zu akzeptieren. Der demokratische Staat auf der einen und die technische wie gesellschaftliche Verflechtung aller Lebensbereiche auf der anderen Seite, die diesen in sich schon für gewaltsame Eingriffe anfälliger macht, verlangen nicht nur nach nüchternem Sachwissen und Einübung in demokratische Spielregeln, sondern nach mehr Bereitschaft zur Mitverantwortung, zum Dienst am Gemein-

wesen, auch die Fähigkeit nicht nur mit Gleichgesinnten zu leben, sondern sich aktiv in das Ganze der Ordnung einzugliedern. Unsere pädagogischen und Sozialisationsexperimente der letzten Jahre erstrebten aber erklärmaßen das Gegenteil. Sie waren von einem sog. aufklärerischen Politunterricht bis zur antiautoritären Erziehung einseitig von Emanzipationsidealen fasziniert. Es sind also letzten Endes die Gewichte im pädagogischen Bereich neu zu verteilen. Insofern hat Terrorismus bzw. seine Abwendung nicht nur mit einem bestimmten Milieu, sondern buchstäblich mit Kinderstube zu tun. *D. A. Seiber*

Vorgänge

Zugespitzte Lage der Kirche in der ČSSR

Als der tschechische Landesverband der Priestervereinigung „Pacem in terris“ zu Jahresbeginn (am 24. und 25. Januar 1975) in Prag seinen ersten Kongreß abhielt, wurde daraus eine wohlorganisierte Schau. Wie einst die Friedensbewegung Plojhars, präsentierte sie sich der Öffentlichkeit so, daß die tatsächliche Bedeutungslosigkeit überspielt wurde. Doch dem Geist dieser Priestervereinigung entsprach der Inhalt der hier gehaltenen Referate. Und selbst das äußere Bild fiel nicht aus dem Rahmen: der hochgeschlossene Priester-Rock, bei uns meist gänzlich verschwunden, wurde von den Spitzenfunktionären zu offen zur Schau getragen, als daß diese betont kirchliche Kleidung den unkirchlichen Hintergrund der Veranstaltung verdecken konnte. Auf der wenige Tage später abgehaltenen slowakischen Tagung bot sich ein ähnliches Bild. Doch viel weniger als vor 1968 die „Friedensbewegung“ hat die neue Priestervereinigung wirkliche Zustimmung im katholischen Klerus gefunden; viele schließen sich nur gezwungen an, um nicht die Genehmigung zur Ausübung des priesterlichen Amtes zu verlieren.

Andere traten am Anfang bei, um ein Abgleiten in die unrühmliche „Friedensbewegung“ zu verhindern, und können sich jetzt nicht losmachen. Welch große Unzufriedenheit innerhalb dieser Priestervereinigung selbst herrscht, ist einem Schreiben zu entnehmen, das eine Gruppe von Mitgliedern an das Kirchensekretariat gerichtet hat. Priester aus dem Raum um Prerau (Přerov in Mähren) erklärten sich darin zu weiterem Engagement in der Priestervereinigung bereit, verwahrten sich jedoch gegen die zunehmende Behinderung kirchlichen Lebens und forderten wirkliche Glaubensfreiheit. Selbst in der Führung der Priestervereinigung herrscht nicht nur Zustimmung zu dem, was sich in ihr tut; Unzufriedenheit und Enttäuschung ließen sich durchaus überzeugend belegen, wenn nicht die nötige Rücksicht dies derzeit wenigstens noch verböte.

Eine „Offerte“ von Kulturminister Klusák

Neben den beiden Hauptreferaten, vorgetragen vom Vorsitzenden des

tschechischen Landesverbandes, dem Teschener „Ordinarius“ *Antony Veselí*, und dem Generalsekretär der Föderalvereinigung, *Frantisek Hochmann*, verdienen die Ausführungen des Kulturministers der tschechischen Landesregierung, *Klusák*, besondere Beachtung. Zunächst fiel das offene Angebot an den Heiligen Stuhl zu weiteren Verhandlungen auf. Nach seinem Hinweis auf die außenpolitischen Bemühungen der Tschechoslowakei um die Lösung anstehender Probleme mit den westlichen Nachbarn erklärte Minister Klusák: „Auch die bisherigen Verhandlungen mit dem Vatikan haben unseren guten Willen und unser Verständnis gezeigt... Vorläufig gibt es keine Gründe dafür, daß auf Wunsch des Vatikans nicht weiterhin nach den gleichen Grundsätzen verhandelt werden könnte.“ Wer jedoch meinte, hier kündige sich Entgegenkommen an, hatte sich aber getäuscht, denn der Minister erklärte ebenso unumwunden: „Wie bisher werden wir von den Grundsätzen der Souveränität des tschechoslowakischen Staates ausgehen, über innere Angelegenheiten werden wir nicht verhandeln.“ Damit war der für die Kirche so wichtige Verhandlungsraum angesprochen, den der Heilige Stuhl nicht für immer aussparen kann, nämlich wirkliche Religions-

freiheit ohne Diskriminierung und Benachteiligung, Zugang und Ausbildung für das geistliche Amt, religiöse Erziehung und Unterweisung, unbehinderte Leitung der Diözesen durch die Bischöfe, Wiedezulassung der Klostergemeinschaften, Seelsorge ohne willkürliche Einschränkung durch die Kirchensekretäre.

Aber für Prag sind dies *innere Angelegenheiten* des Landes, über die es keine Verhandlungen geben darf. Doch gerade dort ist der Lebensnerv kirchlich-religiösen Lebens getroffen, wo auch die Grenze der tschechisch-slowakischen Gesprächsbreitschaft erreicht erscheint. Minister Klusák sagte es sehr deutlich: „Wir haben unsere Grundsätze einer Kirchenpolitik und auf ihnen werden wir bestehen.“ Welcher Art diese jedoch sind, zeigt die Drosselung kirchlichen Lebens in den letzten zwei Jahren. Der im April 1974 verstorbene Bischof von Leitmeritz, Kardinal *Trochta*, kannte diese „Grundsätze“ und hat sie so charakterisiert: „Sie wollen uns auf trockenem Wege liquidieren.“ — Klusák pochte aber nicht nur auf nationale Souveränität in „Kirchenfragen“, er nahm auch die *Pacem-in-terris*-Bewegung ausdrücklich in Schutz und damit unter die Fittiche der Partei: „Wir werden es nicht zulassen, daß irgendwie den redlichen Priestern Unrecht widerfahre, die z. B. sich in eurer Vereinigung engagiert haben, und daß andererseits die vorgezogen werden, die bis heute keine positive Einstellung zu unserer sozialistischen Einrichtung gefunden haben oder letzten Endes zu ihrem Schaden auftreten. Es ist doch logisch, daß Geistliche, die als ehrenhafte Bürger unseres Staates sich betätigen, auch dessen volle Unterstützung genießen werden.“ Damit ist sehr deutlich gemacht, daß die Prager Regierung auch bei dem bisher einzigen Verhandlungspunkt, dem ein Ergebnis beschieden war, nämlich der Ernennung neuer Bischöfe, einseitig und unnachgiebig darauf bedacht war, nur Männer ihres Vertrauens, die sich in der Priestervereinigung und selbstverständlich durch ihr „staatsbürgerliches Engage-

ment“ als solche erwiesen haben, als Bischöfe akzeptiert hat. Und bei dieser grundsätzlichen Einstellung wird die Prager Regierung wohl auch weiterhin verbleiben; aus den Ausführungen des Ministers muß das jedenfalls geschlossen werden.

Casarolis Pragreise unergiebig?

So nimmt es also nicht wunder, daß, obwohl in den Worten des Ministers ein deutliches Angebot zu Verhandlungen gesehen wurde, die jüngste Pragreise von Erzbischof Casaroli vom 24. bis 26. Februar, der vom Prager Außenminister *Chnoupek* eingeladen war, in der Sache nicht weiterführte. Zwar ist die bisher bei solchen Kontakten mit dem Hl. Stuhl ungewohnte publicity aufgefallen. Der Besuch war bereits vorher in der tschechoslowakischen Presse angekündigt. Die „Katolické Noviny“ brachte in ihrer Ausgabe vom 9. März eine merkwürdig stilisierte Mitteilung über den äußeren Ablauf dieses Besuches. Auch die dort angeführte Reihenfolge der tschechischen *Gesprächsteilnehmer* und der Gesprächsthemen verdient Beachtung. An den zweitägigen Unterredungen nahmen von tschechoslowakischer Seite der Außenminister und dessen Stellvertreter teil; ferner kam es zu einem Gespräch mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten der Regierung der ČSSR, *Matej Lúčan*. An letzter Stelle wurde dann auch der Leiter des Sekretariates für kirchliche Angelegenheiten beim Ministerpräsidenten, *Karl Hruza*, angeführt. Von ihm wurde nur gesagt, daß er anwesend war. Und als Gesprächsstoff wurden von der „Katolické Noviny“, sicher nicht ohne Anweisung der Regierung, in erster Linie politische Themen genannt: Fragen der internationalen Situation, Probleme einer weltweiten Entspannung, Themen, die derzeit in Genf im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen, ferner die Tätigkeit der UN, Fragen der Abrüstung und Zusammenarbeit. Erst am Schluß rangierten Fragen der Beziehung der Prager Regierung zum

Hl. Stuhl und „weitere kirchenpolitische Angelegenheiten von beiderseitigem Interesse“. Die überschwengliche Mitteilung der „Katolické Noviny“ wußte überdies zu berichten, daß die Gespräche in einem „offenen, realistischen und positiven Geiste“ geführt worden sind; sie wurden als nützlich empfunden und sollen fortgesetzt werden.

Das konkrete *Fazit dieses Kontaktgesprächs* sah aber, nüchtern betrachtet, anders aus: es brachte keinen inhaltlichen Fortschritt. Und nach der Rede von Klusák war auch nicht damit zu rechnen, daß die Prager Regierung auch nur einigen Forderungen der Kirche in der ČSSR nachgeben wird, denn alle restriktiven Maßnahmen gegen das kirchlich-religiöse Leben sind ja nach Klusák „innere Angelegenheiten“, über die nicht verhandelt wird. Damit sind die Grenzen für alle Bemühungen des Hl. Stuhls noch einmal sichtbar geworden. Es ist sehr zweifelhaft, ob kirchenpolitische Fragen überhaupt im Mittelpunkt des Besuches standen. Es läßt sich auch an rein politische, die ČSSR übergreifende Zielsetzungen des Ostblocks bei den Verhandlungen in Genf denken, für die der Hl. Stuhl gewonnen werden sollte; daß ein solcher Versuch sich gerade in Prag niederschlägt, ist durchaus verständlich, weil dort derzeit kirchliche Interessen des Hl. Stuhles wie in keinem anderen Land des Ostblocks im Vordergrund stehen. Und daß der Kreml über Prag den Einfluß des Vatikans für seine eigenen Ziele einer sowjetrussischen Westpolitik einzusetzen versucht, läßt sich gerade aus der Sicht der Genfer Verhandlungen durchaus verstehen. Damit rückten die Prager Gespräche Mitte Februar in einen größeren politischen Zusammenhang.

Priester im Zwangsruhestand

Unterdessen nimmt aber der innenpolitische Druck auf Kirche und Gesellschaft weiter zu. Viele Priester ha-

ben in den letzten Monaten auf dem Verwaltungswege in „legitimer“ Weise die „Fürsorge“ des Staates erfahren. Da in der ČSSR alle Männer mit dem vollendeten 60. Lebensjahr rentenberechtigt sind, was selbstverständlich auch für die Geistlichen gilt, wurde vielen Priestern, die über 60 Jahre alt sind, die staatliche Genehmigung zur Ausübung der Seelsorge entzogen und sie ohne eigenen Antrag in den „Ruhestand“ versetzt. Dabei muß aber auch bedacht bleiben, daß der Staat eine Weiterbeschäftigung auch jenseits dieser Altersgrenze nicht nur kennt, er belohnt diese sogar durch Zulagen zur Rente. Aufschlußreich ist auch eine Analyse dieser Ruhestands-Versetzungen: es handelt sich bei *zwangspensionierten Geistlichen* zumeist um solche, die durch ihre kirchliche Einstellung, durch ihre erfolgreiche Arbeit, insbesondere unter der Jugend, durch eine fehlende Mitgliedschaft in der Priestervereinigung den Kirchensekretären ungunstig aufgefallen sind. Die genauen Zahlen können noch nicht angegeben werden; eine Bekanntmachung erfolgt nicht. Abzuwarten bleibt, ob diese zwangspensionierten und meist immer noch arbeitsfähigen und arbeitswilligen Priester wenigstens nach § 16 der Regierungsverordnung über die wirtschaftliche Sicherung der römisch-katholischen Kirche durch den Staat — so lautet in euphemistischer Ausdrucksweise die amtliche Bezeichnung — die Erlaubnis erhalten, in den Gemeinden, die alle an großem Priestermangel leiden, an den Sonntagen in der Seelsorge mitzuhelfen. Es muß leider angenommen werden, daß dem nicht so sein wird bzw. ist, da bereits vor den zahlreichen Zwangspensionierungen der aktiven Seelsorger vielen von den nach diesem § 16 noch Tätigen die auch dafür nötige Genehmigung entzogen worden ist.

Diese *systematische Einengung kirchlicher Aktivitäten* läßt auf die gesprächsweise öfter von Parteifunktionären geäußerte Absicht schließen, in durchaus gut berechneter Weise die Anzahl der tätigen Seelsorger in den einzelnen Landkreisen auf ein Mini-

mum zu reduzieren. Der katholischen Kirche stehen, wie in der ideologischen Parteizeitung „Tribuna“ (1975, Heft 1) zum Beweis für die Religionsfreiheit in der ČSSR vorwurfsvoll bemerkt wurde, immerhin im tschechischen Landesteil, also in Böhmen und Mähren, durchschnittlich 84 „kulturelle Einrichtungen“ pro Landkreis zur Verfügung, den staatlichen Kulturschaffenden jedoch nur 30; und die Priester seien mit Personenkraftwagen besser versorgt als die staatlichen Kulturfunktionäre. Die Gläubigen könnten ja mit einem Bus in die nächste Stadt zum Gottesdienst fahren, wie andere ins Theater. So wurde und wird in Gesprächen argumentiert; dabei wird nichts darüber gesagt, ob zu solchen Gottesdienstfahrten ein Bus zur Verfügung stehen würde. Diesen Restriktionen sind selbst Bischöfe und „Ordinarien“ ausgesetzt.

Nicht mehr Normalisierung, sondern Liquidierung

Die intensive Verstärkung der atheistischen Propaganda, insbesondere in den Schulen, ist inzwischen auch im westlichen Ausland bekannt geworden (vgl. HK, November 1975, 559 ff). Unbeachtet blieb bisher die Errichtung eines eigenen Institutes für wissenschaftlichen Atheismus bei der Slowakischen Akademie der Wissenschaften in Preßburg (Bratislava) mit einer eigenen Zeitschrift „Ateismus“, die seit 1973 erscheint.

In der *Slowakei* begannen im Herbst 1974 12 sowjetische und zwei deutsche Lehrer aus der DDR ihre Tätigkeit auf dem Gebiet des wissenschaftlichen Atheismus (laut Smena, 6. 11. 74). Hier, wo der Kampf gegen Kirche und Glauben seit einigen Jahren härter geführt wird als in Böhmen und Mähren, wurde noch ein anderer Weg zur atheistischen Erziehung beschritten, um den Einfluß der recht zahlreichen gläubigen Familien zu paralysieren: die Ganztagschule. „Es zeigt sich nämlich, daß die Form einer Ganz-Tages-Erziehung die spezifische Form einer kommunistischen Erziehung in unserer

Zeit wird und allmählich die Merkmale des Modells einer Schule der Zukunft erhält“ (Smena, 5. 11. 74).

Die hohe Anzahl gläubiger Studenten an der Hochschule in Kosne (Kaschau) in der Ostslowakei war Anlaß zu einer Ausstellung in dieser Hochschule über die Entwicklung des Menschen, um so „eine qualitativ bessere Erziehung zur wissenschaftlichen Weltanschauung“, d. i. zum Atheismus, voranzutreiben. Das ZK der Sozialistischen Akademie (Partei-Hochschule) in Prag sah sich veranlaßt, am 12. November 1974 über den wissenschaftlichen Atheismus diskutieren zu lassen. Und die II. Gesamtstaatliche Hochschulkonferenz in Prag (November 1974) betonte die Aufgabe einer ideologisch fundierten Überzeugung: „In Zukunft werden wir kein Interesse an einseitigen Fachleuten haben“, wurde in einem Referat erklärt. Eine Kommission aller Ostblock-Staaten wird, wie auf einer Konferenz anläßlich der I. Internationalen Ausstellung von Büchern, Zeitungen und Zeitschriften der Jugendverlage der sozialistischen Länder in Prag am 6. Oktober 1974 beschlossen worden ist, eine eigene Jugendbibliothek erstellen, die der Erziehung zur marxistisch-leninistischen Weltanschauung dienen soll.

Insgesamt läßt sich die jüngste kirchenpolitische Entwicklung in der ČSSR nicht mehr als „Normalisierung“ umschreiben. Wohl ging es der Parteiführung darum, die erreichten Positionen zu festigen und den erkämpften Besitzstand zu mehren. Dazu diente der organisatorische Ausbau der Priestervereinigung, die Durchsetzung kirchlicher Führungsämter mit Männern eigenen Zuschnitts und Vertrauens in den Ordinariaten und in den beiden Fakultäten und Alumnaten in Leitmeritz und Preßburg. Die zwangsweise Einführung einer „Hausordnung“ durch die staatlichen Behörden für die slowakischen Theologiestudenten, die diese völlig in den Seminaren isoliert und alle kirchliche Bewahrungspädagogik vergangener Jahrzehnte in den Schatten stellt, ist ein

weiterer Markstein auf demselben Wege. Darüber hinaus scheinen bereits weiter gesteckte *strategische Ziele* angepeilt zu sein: zunächst weitere Verdrängung der Kirche in ein Schattendasein, ja sogar eine möglichst weitgehende Liquidierung bis zum Anfang der achtziger Jahre, daher die rigorose Einschränkung kirchlicher Tätigkeit in Böhmen-Mähren. Nur so wird die Tatsache verständlich, daß für die beiden Diözesen Leitmeritz und Budweis im Herbst keiner der Bewerber aus diesen beiden Sprengeln in das Priesterseminar aufgenommen werden durfte.

Welche Motivation führt die Prager Parteiführung zu dieser Verfestigung und Intensivierung ihrer intransigenten und aggressiven Einstellung? Die Beobachtung, daß einerseits zu gleicher Zeit in Polen und Ungarn ein verstärkter innenpolitischer Angriff insbesondere gegen die katholische Kirche einsetzte, andererseits doch in allen diesen Ländern versucht wird, wenigstens auf kleinen Strecken mit dem Heiligen Stuhl zu einem Ausgleich zu kommen, läßt den Schluß auf eine einheitliche Leitlinie zu.

Sichtbar nervös geworden sind die Prager Machthaber ob einer *verstärkten Aufklärung über die kirchenpolitische Entwicklung* in der ČSSR. Diese Nervosität zeigte sich sehr auffallend in ihrer Reaktion auf die Anklagen gegen einen Funktionär des Kirchensekretariates im Zusammenhang mit den Umständen eines Gespräches am Tage vor dem Tode des Leitmeritzer Bischofs, Kardinal Trochta. Das veröffentlichte „Dementi“ des Domkapitulars Holubek trug in Inhalt und Ausdrucksweise nicht dessen wirkliche Schriftzüge. Nicht unbekannt blieb, daß Prag es sich nicht wenig an harter Währung kosten ließ, um diesem „Dementi“ eine breite Publikation außerhalb der Länder des Ostblocks zu garantieren. Mehr als sichtlich nervös reagierte die Botschaft der ČSSR in Bonn auf eine Zuschrift einer deutschen Wochenzeitung. Hier hat es nicht nur an Sachlichkeit gefehlt, sondern auch an humanen Um-

gangsformen. Die eingangs erwähnten Ausführungen des zuständigen Prager Ressortministers machen gleichfalls deutlich, wie sensibel die Prager Reaktionen auf westliche Feststellungen sind. Aber solche Empfindlichkeit wird vor weiteren Pressionen kaum abhalten.

Von den Sowjets abhängig

Die Kirche muß bereits mit einem zahlenmäßig fühlbaren Rückzug aus dem Gemeindeleben rechnen, das nur noch in der Teilnahme am Gottesdienst bestehen kann; die Angst, bei persönlichen Kontakten mit dem Seelsorger beobachtet zu werden, wird zunehmen. Dennoch ist die Kirche in der ČSSR nicht ohne jede Hoffnung. Wer hier gläubig bleibt oder wird, ist es auf Grund einer persönlichen Entscheidung; darin unterscheidet sich der tschechische Katholizismus vom polnischen, denn hier spielen Tradition und Volkstum kaum eine Rolle. Die Angehörigen der „kleinen Herde“, zu der auch Jugendliche und junge Familien gehören, die selbst schon durch eine grundsätzlich und offensiv atheistische Schule gegangen sind, sind nicht so

entmutigt, wie es auf Grund der wirklichen Schwierigkeiten und Nöte verständlich wäre. Immer wieder erfährt der vertrauenswürdige Gesprächspartner, daß sie zwar ohne Illusion, aber nicht entmutigt in die Zukunft sehen. Diese Zukunft wird jedoch letztlich nicht in Prag entschieden, sondern im Kreml, und dafür wird eine *sowjetische Großwetterlage* entscheidend sein, ob nämlich und wieweit die Sowjetführung die Vatikan-Diplomatie auf dem Boden der internationalen und ihrer eigenen Westpolitik für ihre Interessen einspannen kann. — Zur Fortsetzung der Verhandlungen zwischen Prag und dem Heiligen Stuhl wird es auf jeden Fall kommen, denn die tschechische Regierung kann sich kaum eine totale Umkehr ihrer politischen Strategie dem Westen gegenüber leisten und gegebenenfalls — Bischof Tomášek hat das 75. Lebensjahr überschritten — ganz Böhmen und Mähren ohne einen einzigen (Diözesan-)Bischof lassen. Und sie wird auch damit rechnen müssen, daß der Administrator von Olmütz nicht der Mann ist, den die Prager Regierung außerhalb der Länder des Ostblocks als Parade-Bischof präsentieren könnte.

Gr. P.

Diskussion über Staat und Kirche in der Schweiz

Wie die gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die strafrechtliche Behandlung des Schwangerschaftsabbruches in der Schweiz auf eine Volks- und eine Standesinitiative zurückgehen, so ist auch das Verhältnis von Kirche und Staat durch die Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative, mit der im Sommer 1973 begonnen, die aber noch nicht erfolgreich abgeschlossen werden konnte, zur Diskussion gestellt. Und wie die einen Initianten eine radikale Freigabe des Schwangerschaftsabbruches wollen, so schlagen die anderen Initianten für die Fragen zwischen Kirche und Staat eine radikale

Lösung vor: ohne Rücksicht auf die geschichtlichen, politischen, kirchlichen und rechtlichen Gegebenheiten.

Politische Radikalität

Die Volksinitiative verlangt, die Bundesverfassung sei durch den Artikel „*Kirche und Staat sind vollständig getrennt*“ zu ergänzen. Zudem sei in die Übergangsbestimmungen der Verfassung aufzunehmen, daß für die Aufhebung der bestehenden Verbindungen zwischen Kirche und Staat eine Frist von zwei Jahren ab Inkrafttreten des